



HESSISCHER LANDTAG

03. 11. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Ein stabiler und demokratischer Westbalkan ist im europäischen Interesse – europäische Beziehungen zu Albanien und Nordmazedonien gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit der Entscheidung des Rates im März 2020 den Weg für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Republik Albanien und der Republik Nordmazedonien geebnet haben. In den kommenden Jahren wird damit über eine EU-Erweiterung von hoher geopolitischer Bedeutung verhandelt mit dem Ziel, mittelfristig eine nachbarschaftliche, europäische Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans zu schaffen und bewährte demokratische sowie wirtschaftliche Standards zu sichern. Stabile, leistungsfähige und rechtsstaatliche Demokratien in dieser Region Europas sind in unserem ureigenen Interesse.
2. Der Landtag betont in diesem Zusammenhang, dass es sich bei den Beitrittsverhandlungen nicht einzig um eine territoriale Erweiterung der Europäischen Union handelt, dem bloße geostrategische Überlegungen zugrunde liegen, sondern ein umfassender Verhandlungsrahmen mit Auswirkungen in Bereichen geschaffen wird, die auch für das Land Hessen von essenzieller Bedeutung sind. Dies betrifft etwa die Arbeits- und Binnenmigration, den Flugverkehr, den Tourismus, die Zusammenarbeit von Verwaltungen und Sicherheitsbehörden sowie die interregionale Kooperation von Hochschulen, Jugend-, Kultur- und Sportvereinen sowie Kommunen. Der Landtag erwartet daher eine umfassende Einbindung der nationalen Parlamente in den Beitrittsprozess Albanien und Nordmazedoniens.
3. Der Landtag erkennt die Reformanstrengungen Albanien und Nordmazedoniens des vergangenen Jahrzehnts an. Umfassende Verfassungs- und Justizreformen, die Verabschiedung eines sogenannten „Vetting“-Gesetzes zur Gewährleistung einer unabhängigen Justiz, die Bekämpfung von Korruption in Politik und Staat sowie ein entschlossenes Vorgehen gegen Drogenhandel und die Organisierte Kriminalität sind essenzielle Schritte einer deutlich sichtbaren Demokratisierung beider Staaten. Auch die Aussöhnung mit den Nachbarstaaten hat zu einer erheblichen Stabilisierung der Region geführt. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik von Menschenrechtsorganisationen, welche in ihren Berichten nach wie vor Handlungsbedarf bei der Gewährleistung von Menschenrechten und der Situation ethnischer und sexueller Minderheiten feststellen, mahnt der Landtag jedoch an, dass die Verhandlungsführer der Europäischen Union diese Fragen zu einem Schwerpunkt der Beitrittsgespräche erheben.
4. Der Landtag sieht weiterhin einen enormen Handlungsbedarf für Albanien und Nordmazedonien beim Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher und säkularer Strukturen. So müssen beide Staaten die bisher erreichten Fortschritte zum Anlass nehmen, ihren ambitionierten, engagierten Reformprozess weiter voranzutreiben, um alle Zweifel an ihrer politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Eignung auszuräumen, die für einen erfolgreichen EU-Beitrittsprozess unabdingbar sind. Die Beitrittsverhandlungen mit beiden Staaten müssen dabei ehrlich und auf Augenhöhe geführt werden. Gefälligkeitsrabatte, falsche Versprechen und Verhandlungen auf Basis von falschen Fakten – wie in der Vergangenheit – darf es nicht geben.
5. Der Landtag bekräftigt die Gültigkeit der Beitrittskriterien, denen jede Nation entsprechen muss, wenn sie der Europäischen Union beitreten will. Nach den Kopenhagener Kriterien (Art. 49 EUV, Art. 6 Abs. 1 EUV) sind eine demokratische, säkulare und rechtsstaatliche Ordnung, die Gewährleistung der Menschenrechte und der Schutz ethnischer bzw. religiöser Minderheiten sowie die Fähigkeit, europäische Rechtsetzung in na-

tionales Recht zu transformieren, elementare Grundvoraussetzungen. Ebenso erachtet er es als elementar für die Stabilität der Union, dass eine funktionierende und europäisch wettbewerbsfähige Marktwirtschaft sowie die Erfüllung der Konvergenzkriterien auch unabhängig von der Frage eines Beitritts zum Euro-Währungsgebiet als zentrale Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen EU-Beitrittsprozess gelten müssen.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
- den EU-Beitrittsprozess Albanien und Nordmazedoniens auf der regionalen Ebene durch geeignete Maßnahmen zu begleiten und mit eigenen europapolitischen Akzente die Völkerverständigung mit den Menschen in beiden Staaten sowie eine gesellschaftliche Annäherung an Deutschland voranzutreiben;
 - hierfür die in Hessen lebende albanisch-/nordmazedonisch-stämmige Bevölkerung, Unternehmen, Kulturvereine und weitere Akteure aktiv in diesen Prozess einzubinden;
 - nach dem Vorbild der Partnerschaft des Landes Hessen mit der serbischen Provinz Vojvodina die Möglichkeit einer Regionalpartnerschaft mit einer albanischen bzw. nordmazedonischen Region zu prüfen;
 - gegenüber der Bundesregierung als Verhandlungsführer auf europäischer Ebene die politischen und wirtschaftlichen Interessen Hessens deutlich zu artikulieren;
 - im zuständigen Europaausschuss (EUA) fortlaufend über den Stand der Beitrittsgespräche sowie dann folgenden Verhandlungen sowie über hierbei getroffene, für das Land Hessen relevante Entscheidungen zu berichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. November 2020

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe